

BBÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Hagen, Goldbergstraße 17, 58095 Hagen

An
terre des hommes Gruppe Hagen
Barbara Blindert
Hochstraße 116

Kreisverband Hagen

Christa Stiller-Ludwig
Dr. Rolf L. Willaredt
Kreisverbandssprecher*in

Karen Haltaufderheide
Kreisgeschäftsführerin

Tel.: 02331-33 38 22
Mail: kv@gruene-hagen.de
www.gruene-hagen.de

Sehr geehrte Frau Blindert,

Hagen, den 16.8.2017

ganz herzlich möchte ich mich für Ihren Fragenkatalog zur Bundestagswahl bedanken.
Mit diesem Brief sende ich Ihnen meine Antworten:

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden?

Die Anfänge meiner gesellschaftlichen Arbeit lagen beim Kinderschutzbund. Damals haben wir uns dafür eingesetzt, dass Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Danach mussten wir feststellen, dass Ratifizierung noch lange nicht konkrete Umsetzung bedeutet. Ich unterstütze den aktuellen Vorschlag des Aktionsbündnisses Kinderrechte für eine Einfügung der Kinderrechte ins Grundgesetz http://www.kinderrechte-ins-grundgesetz.de/fileadmin/content_media/projekte/Themen/Kinderrechte/Formulierungsvorschlag_KR_ins_GG-2012-11-14-js.pdf.

2. Was werden Sie dafür tun, die Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Förderung von Gestaltungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu stärken?

Partizipation von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Angelegenheiten ist eines der oben angesprochenen Kinderrechte und muss grundsätzlich gestärkt werden. Ein wichtiger Baustein dazu ist inklusive, gerechte und hochwertige Bildung über Kinderbetreuung und Schule hinaus. Darüber hinaus müssen Beteiligungsprozesse von Kindern und Jugendlichen strukturiert und institutionalisiert werden, damit die Beiträge junger Menschen nicht als bloße Meinungsäußerungen verpuffen. Der UN-Kinderrechtsausschuss hat Kriterien für Beteiligungsprozesse von Kindern und Jugendlichen entwickelt, die berücksichtigt werden sollten, siehe dazu auch http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Beteiligung_von_Kindern_und_Jugendlichen.pdf.

3. Werden Sie sich einsetzen, dass Kinder- und Menschenrechte die Grundlage politischer Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik Deutschlands und der Europäischen Union sein werden?

Ja, unbedingt. Damit nicht vereinbar sind u.a. Aussetzungen des Familiennachzugs, Abschiebungen von Minderjährigen oder solche, die Familien auseinanderreißen, Abschiebungen von Menschen, die hier geboren und integriert sind und viele Grausamkeiten mehr. In einer Welt, in der Menschen vor Klimafolgen und Hunger fliehen, fällt es mir zunehmend schwerer, Asyl auf politische Verfolgung einzugrenzen. Die Fluchtursachen sind oft politisch herbeigeführt, ohne dass konkret politische Verfolgung vorliegt.

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Lebens- und Arbeitsbedingungen in Herkunftsländern verbessert werden und die politischen Ressorts kohärent an der Bekämpfung der Fluchtursachen arbeiten?

Auch hier deutliche Zustimmung. Dabei lege ich Wert darauf, dies nicht als großzügige Wohltätigkeit zu verstehen. Unsere Lebens- und Wirtschaftsform tragen sehr viel dazu bei, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen in vielen Ländern der Welt schlecht sind. Es ist also nicht nur unsere Pflicht zu helfen, sondern auch, unser Wirtschaften auf Partnerschaftlichkeit, gemeinsamen Ressourcenschutz und einen globalen Klimaschutz auszurichten.

5. Fragen zu Einschränkungen der Rechte von ausländischen Kindern:

Das Kindeswohl hat für mich immer höchste Priorität. Abschiebehaft für Minderjährige ist unmenschlich. Familiennachzug ist zum Wohle der Kinder ist notwendig. Ausdrücklich spreche ich mich auch gegen Überlegungen aus, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Heime in Marokko abzuschieben.

6. Gesundheitsversorgung:

Ich habe mich bereits sehr frühzeitig für eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingesetzt, um die Beschränkung auf eine reine Akutversorgung aufzuheben. Gerade auch der Zugang zu Psychotherapien und Traumabehandlung muss gewährleistet werden. Übrigens nicht nur im Sinne der Betroffenen sondern auch im Sinne einer gelingenden Integration und des gesellschaftlichen Friedens.

7. Schulpflicht:

Ja, ich will, dass Kinder sofort zur Schule gehen dürfen. Es darf nicht sein, dass für Bildung und Entwicklung wichtige Jahre ungenutzt bleiben, weil nicht sicher ist, ob die Kinder bleiben dürfen. Erst Recht darf nicht sein, dass Bildung und Integration verhindert wird, um später leichter wieder abschieben zu können.

8. Rüstungsexporte:

Mindestens darf es keine Waffenlieferungen in Krisenregionen mehr geben. Rüstungsexporte, wenn sie überhaupt stattfinden, müssen viel stärker parlamentarisch kontrolliert und transparent abgewickelt werden. Staaten, in denen staatlicherseits Menschenrechtsverletzungen auftreten, dürfen keine Waffen aus Deutschland erhalten.

9. Rekrutierung Minderjähriger in Deutschland:

Ich halte es für fragwürdig, ob die Rekrutierung von Minderjährigen verfassungskonform ist, selbst wenn sie keinen Dienst an der Waffe tun und nicht in Auslandseinsätze geschickt werden. Zur Werbung der Bundeswehr an Schulen habe

ich eine sehr kritische Haltung. Mindestens muss dann Friedensorganisationen bzw. Sozialverbänden die gleiche Gelegenheit zur Darstellung und Werbung gegeben werden. Ich schließe mich Ihrem Positionspapier zu diesem Thema an:
https://www.tdh.de/fileadmin/user_upload/inhalte/04_Was_wir_tun/Themen/Krieg_und_Flucht/Fakten_Hintergruende_Minderjaehrige_und_Bundeswehr_DtBuendnisKinde rsoldaten_EE.pdf .

Soweit meine Antworten.
Herzliche Grüße
Karen Haltaufderheide